

Sanktionen

In den vergangenen Tagen verdichteten sich bereits die Hinweise, heute machte es EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen öffentlich: Die EU arbeitet an einem neunten Sanktionspaket, um unter anderem auf die verstärkten russischen Angriffe auf die ukrainische Infrastruktur zu reagieren. Es wird nun damit gerechnet, dass zusammen mit der für den 5. Dezember vorgesehenen Einführung eines Ölpreisdeckels auf russische Rohöllieferungen per Schiff ein umfangreicheres neues Sanktionspaket vorgestellt wird. Unter anderem sind neue Personensanktionen im Gespräch. Unterdessen laufen weiter Verhandlungen darüber, ab welcher Marke der angestrebte Ölpreisdeckel greifen soll. Weiter verhandelt wird zudem ein Gaspreisdeckel.



Das vorliegende Sanktions-Update fasst wieder die wichtigsten Entwicklungen der vergangenen 14 Tage zusammen. Darunter sind auch neue Informationen zum geplanten Sanktionsdurchsetzungsgesetz in Deutschland und die überraschend Russland-kritische Erklärung der G20 in Bali im Wortlaut. Laut Insider Informationen hat die EU eine Debatte über eine neue Russland-Strategie begonnen. Die USA haben Russland den Status einer Marktwirtschaft entzogen.

Hier die Rubriken:

- [1. Ost-Ausschuss](#)
- [2. Deutschland](#)
- [3. Europäische Union](#)
- [4. Russland](#)
- [5. USA](#)
- [6. Weitere Länder](#)
- [7. Blick über den Tellerrand](#)
- [8. Termine](#)
- [9. Tipps&Links](#)

1. Ost-Ausschuss

Entwicklung des Osthandels in den ersten drei Quartalen 2022 – Russland fällt zurück

Die Entwicklung des deutschen Osthandels in den ersten drei Quartalen 2022 kommentiert Michael Harms, Geschäftsführer des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft:

- Die Entflechtung der deutschen und russischen Wirtschaft beschleunigt sich. Im September gingen die deutschen Einfuhren aus Russland gegenüber dem Vorjahr um 37 Prozent zurück. Wichtige Gründe dafür sind die Einstellung von Gaslieferungen durch Russland über die Pipeline Nord Stream 1 und die wachsende Unabhängigkeit von russischen Rohölimporten. Die deutschen Exporte nach Russland sind bereits seit Februar im Sinkflug. Diese gingen in den ersten neun Monaten 2022 um 41 Prozent zurück, im Monat September lag das Minus sogar bei 53 Prozent. Mengenmäßig sanken die Importe aus Russland gegenüber September 2021 um zwei Drittel. Dadurch rutschte Russland unter den deutschen Handelspartnern im Osten erstmals hinter die Slowakei und Rumänien auf Platz 6.
- Von den Handelsverlusten Russlands profitieren Länder in unmittelbarer Nähe zum russischen Markt, die sich erfolgreich als alternative Wirtschaftsstandorte und Rohstofflieferanten positionieren. So hat der deutsche Außenhandel mit Kasachstan, Usbekistan, Armenien und Aserbaidschan seit Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine massiv zugelegt. Diesen Ländern kommt wirtschaftlich zudem die wachsende Zahl gut ausgebildeter Flüchtlinge aus Russland und die Verlagerung ganzer Unternehmen zugute.
- Der deutsche Handel mit der Ukraine zeigt sich angesichts der Kriegsauswirkungen erstaunlich stabil. In den ersten neun Monaten 2022 betrug das Minus im Warenaustausch weniger als zehn Prozent, bei den Importen aus der Ukraine sogar unter drei Prozent. Es gibt eine große Bereitschaft unter den deutschen Unternehmen, den Wiederaufbau des Landes zu unterstützen. Der Ost-Ausschuss koordiniert dieses Engagement über seinen neuen Service Desk Ukraine und setzt sich für eine frühzeitige, intensive Einbindung der Privatwirtschaft in Wiederaufbaukonzepte ein.
- Das Rückgrat des deutschen Osthandels bleiben die Länder Polen, Tschechien, Ungarn und die Slowakei. Hier wurden im Monat September Handelszuwächse zwischen 18 Prozent (Polen) und 48 Prozent (Slowakei) verbucht. Der Anteil der vier Visegrád-Staaten am gesamten deutschen Außenhandel summiert sich auf 12,5 Prozent und liegt damit deutlich über den Anteilen der USA oder Chinas. Auch Südosteuropa und der Westliche Balkan bleiben wichtige Wachstumsmärkte für deutsche Unternehmen. Im Außenhandel mit Bulgarien, Serbien und Kroatien gab es in den ersten neun Monaten 2022 Zuwächse um über ein Fünftel.
- Insgesamt stieg der bilaterale Handel mit den 29 Staaten Mittel- und Osteuropa (MOE) in den ersten drei Quartalen 2022 gegenüber dem Vorjahr wertmäßig um

14,3 Prozent auf fast 421 Milliarden Euro. Das ist ein neuer Höchstwert, zu dem allerdings auch die deutlich gestiegenen Ex- und Importpreise beitrugen. Die höheren Preise für Energie, Rohstoffe und Vorprodukte machen sich vor allem bei den Importen aus der Region bemerkbar, deren Wert um gut 35 Milliarden auf 216 Milliarden Euro (+19,6 Prozent) zulegen. Der Wert der deutschen Lieferungen nach MOE kletterten im Zeitraum Januar bis September 2022 um 17 Milliarden auf 205 Milliarden Euro (+9,2 Prozent).

Die Tabellen mit allen aktuellen Zahlen finden Sie hier:

[Statistik | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Nach den Vorläufigen Oktober-Zahlen setzte sich der Abwärtstrend im deutsch-russischen Handel weiter fort. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, lieferten deutsche Unternehmen Waren im Wert von 1 Milliarden Euro nach Russland, 59,2 Prozent weniger als im gleichen Monat des Vorjahres. Im September beliefen sich die Exporte auf 1,1 Mrd. Euro, 52,9 Prozent weniger als im Vorjahresmonat.

Ost-Ausschuss-Umfrage zu Sanktionswirkungen

Nach einer vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft durchgeführten Umfrage zu den wirtschaftlichen Folgen der Sanktionen beläuft sich der ungefähre Verlust allein der 66 teilnehmenden Unternehmen auf deutlich mehr als zwei Milliarden Euro. Jeweils deutlich über 80 Prozent der befragten Unternehmen sind nach eigener Aussage von den Sanktionen betroffen und haben durch sie wirtschaftlichen Schaden erlitten. Das gilt vor allem für Unternehmen aus dem verarbeitenden Gewerbe, ein gutes Viertel kommt aus dem Bereich Maschinen- und Anlagenbau. Knapp ein Fünftel hat eine eigene Produktion vor Ort. Über die Hälfte der Unternehmen haben bisher zwischen zehn Millionen und einer Milliarde Umsatz in der Russischen Föderation erwirtschaftet. Nahezu alle Unternehmen sind sowohl von den durch die Europäische Union und die Vereinigten Staaten und anderen Ländern verhängten Sanktionen als auch von den Sanktionen, die durch die Russische Föderation erlassen wurden, betroffen. Am härtesten treffen die Unternehmen mit mehr als 50 Prozent die europäischen Finanzsanktionen, die sich gegen russische Banken und den Zahlungsverkehr nach und aus Russland richten. Zwei Drittel der Befragten beklagen zusätzlich das Phänomen der „Overcompliance“. Die Ergebnisse der Umfrage werden in der nächsten Sitzung des Länderarbeitskreises Russland am 29. November ausführlich vorgestellt.

Service Desk Ukraine: Nothilfe und Wiederaufbau

Aufgrund der fortgesetzten Zerstörung der (Energie)-Infrastruktur in der Ukraine bittet die ukrainische Regierung um Unterstützung durch die deutsche Wirtschaft. Alle Unternehmen, die sich an der Nothilfe und dem Wiederaufbau in der Ukraine beteiligen wollen, und/oder in entsprechenden Ost-Ausschuss-Arbeitsgruppen aktiv werden wollen, finden hier Informationen auf einen Blick:

Neues Ost-Ausschuss Update Recovery Ukraine

Seit Oktober veröffentlicht der Ost-Ausschuss ein Update Recovery Ukraine, das Informationen zum Wiederaufbau in der Ukraine und den Aktivitäten der deutschen Wirtschaft bündelt. Die November-Ausgabe ist vergangene Woche erschienen. Für ein kostenloses Abo wenden Sie sich bitte an Alena Akulich, a.akulich@oa-ev.de. Hier der Die Updates finden Sie am Ende dieser Seite:

2. Deutschland

Zentralstelle für Sanktionsdurchsetzung stößt auf Ablehnung, Bargeldverbot bei Immobilienerwerb auf Zustimmung

Gewerkschaften und andere Sachverständige haben die von den Koalitionsfraktionen geplante Errichtung einer Zentralstelle für Sanktionsdurchsetzung abgelehnt, dies berichten die Parlamentsnachrichten. Die neue Zentralstelle sei entbehrlich, erklärte demnach die Gewerkschaft der Polizei in einer öffentlichen Anhörung des Finanzausschusses unter Leitung des Vorsitzenden Alois Rainer (CSU) am 21. November. Die Errichtung einer solchen Zentralstelle ist ein zentraler Punkt in dem von den Koalitionsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP eingebrachten Entwurf eines zweiten Gesetzes zur effektiveren Durchsetzung von Sanktionen (20/4326). In der Anhörung ging es auch um einen Antrag der CDU/CSU-Fraktion (20/4314), in dem diese verlangt, sanktionierte russische Oligarchen schnellstens wirksam zur Verantwortung zu ziehen und eine Zollpolizei zu schaffen.

Bei der Zentralstelle für Sanktionsdurchsetzung auf Bundesebene soll auch eine Hinweisannahmestelle eingerichtet werden. Die Zentralstelle für Sanktionsdurchsetzung soll im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen angesiedelt werden, um Synergieeffekte vor allem zwischen der Sanktionsdurchsetzung und der Geldwäschebekämpfung zu erzielen. Aus Effizienzgründen soll die Zentralstelle zunächst an eine bestehende Behörde angegliedert werden. Im späteren Verlauf soll sie in die neu zu errichtende Bundesoberbehörde zur Bekämpfung von Finanzkriminalität überführt werden. Außerdem sieht der Gesetzentwurf vor, dass bei Immobilientransaktionen nicht mehr mit Bargeld bezahlt werden darf.

Nach Ansicht der Gewerkschaft der Polizei ist es deutlich sinnvoller, schneller realisierbar und in der Wirkung effektiver, bereits bestehende Behördenstrukturen zu ertüchtigen und ihnen diese Aufgabe zu übertragen. In diesem Fall könnte auf bereits erfahrene Ermittlungsbeamte sofort zurückgegriffen werden. Statt einer neuen Direktion in der Generalzolldirektion sollte der Zollfahndungsdienst mit seinem Zollkriminalamt und den nachgeordneten Zollfahndungsämtern mit der Durchsetzung der Sanktionen beauftragt und entsprechend ausgestattet werden. Die neue Behörde sei in der Fläche nicht verankert und somit ohne Unterbau, der zur Bekämpfung der Kriminalität wichtig sei. Die Präsidentin der Generalzolldirektion, Colette Hercher, berichtete, dass ihre Behörde sich bereits mit Hochdruck auf die Schaffung der neuen Einrichtung vorbereite.

Das geplante Barzahlungsverbot bei Immobilientransaktionen wurde von der Bundesnotarkammer „ausdrücklich“ unterstützt. Da Bargeld aufgrund seiner Anonymität grundsätzlich zur Geldwäsche geeignet sei, sei das Verbot im Bereich der Immobiliengeschäfte richtig. Auch der mit Durchsetzung des Verbots verbundene Mehraufwand für die Notarbüros wurde von der Kammer unterstützt. Der Bund Deutscher Kriminalbeamter befürwortete das Verbot ebenfalls. Das Netzwerk Steuergerechtigkeit begrüßte das Barzahlungsverbot, wies aber auch darauf hin, dass besonders in Bezug auf komplexe Geldwäsche und Oligarchenvermögen Barzahlungen im Immobilienbereich nur eine untergeordnete Rolle spielen würden. Es sollte wie in den meisten anderen europäischen Ländern eine generelle Bargeldobergrenze eingeführt

werden. Für eine effektive Bekämpfung von Kriminalität inklusive der Steuerhinterziehung wäre eine möglichst niedrige Bargeldgrenze von zum Beispiel 2.000 Euro wünschenswert. Das Netzwerk kritisierte darüber hinaus eine seiner Ansicht nach fehlende Finanzmarkttransparenz. So würden es börsennotierte Unternehmen im Streubesitz, Investmentfonds und andere große finanzmarktorientierte Finanzvermögen einzelnen Investoren ermöglichen, Millionenbeträge zu investieren und gleichzeitig einen so kleinen und schnell handelbaren Anteil zu halten, dass eine Nachverfolgung über das Transparenzregister in seiner jetzigen Form nicht sinnvoll und weder für die Behörden noch für die betroffenen Unternehmen möglich sei.

Professor Kilian Wegner (Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder) bescheinigte dem Entwurf, in einigen bedeutsamen Punkten für Verbesserungen zu sorgen. Viele Regelungen könnten und sollten aber noch verbessert werden. Die mit Strafandrohung versehene Selbstauskunftspflicht sei bei natürlichen Personen als verfassungswidrig anzusehen, wenn der Verpflichtete sich durch die Offenlegung einer Straftat bezichtigen würde.

[Deutscher Bundestag - Zentralstelle für Sanktionsdurchsetzung stößt auf Ablehnung](#)

G20-Deklaration von Bali

Etwas überraschend haben sich die Vertreter der G20-Länder im indonesischen Bali auf eine gemeinsame Deklaration geeinigt, in der auch der Krieg in der Ukraine erwähnt und verurteilt wird. Hier Auszüge aus dem Dokument mit Bezug auf den Krieg in der Arbeitsübersetzung:

...

3. In diesem Jahr hat sich auch der Krieg in der Ukraine weiter negativ auf die Weltwirtschaft ausgewirkt. Es gab eine Diskussion zu diesem Thema. Wir bekräftigten unsere nationalen Standpunkte, die wir in anderen Gremien, einschließlich des UN-Sicherheitsrats und der UN-Generalversammlung, zum Ausdruck gebracht hatten, die in der Resolution Nr. ES-11/1 vom 2. März 2022 mit Mehrheit (141 Stimmen dafür, 5 dagegen, 35 Enthaltungen, 12 abwesend) die Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine auf das Schärfste bedauert und ihren vollständigen und bedingungslosen Rückzug aus dem Hoheitsgebiet der Ukraine fordert. Die meisten Mitglieder verurteilten den Krieg in der Ukraine und betonten, dass er unermessliches menschliches Leid verursacht und die bestehenden Schwachstellen in der Weltwirtschaft verschärft - er behindert das Wachstum, erhöht die Inflation, unterbricht Versorgungsketten, verschärft die Energie- und Ernährungsunsicherheit und erhöht die Risiken für die Finanzstabilität. Es gab andere Ansichten und unterschiedliche Einschätzungen der Situation und der Sanktionen. In der Erkenntnis, dass die G20 nicht das Forum zur Lösung von Sicherheitsfragen ist, erkennen wir an, dass Sicherheitsfragen erhebliche Auswirkungen auf die Weltwirtschaft haben können.

4. Es ist von wesentlicher Bedeutung, das Völkerrecht und das multilaterale System, das den Frieden und die Stabilität sichert, zu wahren. Dazu gehört die Verteidigung aller in

der Charta der Vereinten Nationen verankerten Ziele und Grundsätze und die Einhaltung des humanitären Völkerrechts, einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung und der Infrastruktur in bewaffneten Konflikten. Der Einsatz oder die Androhung des Einsatzes von Kernwaffen ist unzulässig. Die friedliche Beilegung von Konflikten, Bemühungen um Krisenbewältigung sowie Diplomatie und Dialog sind unerlässlich. Die heutige Zeit darf nicht vom Krieg geprägt sein.

...

8. Wir begrüßen die beiden von der Türkei und den Vereinten Nationen vermittelten Abkommen von Istanbul, die am 22. Juli 2022 und die aus der Initiative über den sicheren Transport von Getreide und Lebensmitteln aus ukrainischen Häfen (Schwarzmeer-Getreide-Initiative) und die Absichtserklärung zwischen der Russischen Föderation und dem Sekretariat der Vereinten Nationen über die Förderung russischer Lebensmittel Nahrungsmittel und Düngemittel auf den Weltmärkten, über die ungehinderte Lieferung von Getreide, Lebensmitteln und Düngemitteln/Inputs aus der Ukraine und der Russischen Föderation, um Spannungen abzubauen und die weltweite Ernährungsunsicherheit und den Hunger in den Entwicklungsländern zu verhindern. Wir betonen die die Bedeutung ihrer vollständigen, rechtzeitigen und kontinuierlichen Umsetzung durch alle relevanten Akteure sowie die Aufrufe des UN-Generalsekretärs zur Fortsetzung dieser Bemühungen durch die Vertragsparteien. In diesem Zusammenhang weisen wir auf andere Bemühungen hin, die den Fluss von Agrar- und Ernährungsgütern sicherstellen, wie die EU Solidaritätsrouten und die russischen Düngemittelspenden, die durch das Welternährungsprogramm verteilt werden. Darüber hinaus nehmen wir verschiedene Initiativen zur Bekämpfung der Ernährungsunsicherheit zur Kenntnis, wie z. B. die Initiative der Arabischen Koordinierungsgruppe.

...

Hier der Link zur vollständigen Erklärung:

[Microsoft Word - G20 Bali Leaders' Declaration 2022, Bali, 15-16 November 2022\(2\) 1.docx \(bundesregierung.de\)](#)

EU-Kommission genehmigt Verstaatlichung von Gazprom-Tochter

Die EU-Kommission hat die Übernahme einer deutschen Tochter des russischen Energiekonzerns Gazprom durch den Bund gebilligt. Die Brüsseler Behörde stimmte laut einem Bericht von Zeit-Online Beihilfemaßnahmen für Gazprom Germania von 225,6 Millionen Euro zu. Damit kann die Bundesregierung die Firma, die inzwischen Securing Energy for Europe (Seife) heißt und unter Treuhänderschaft der Bundesnetzagentur steht, komplett übernehmen.

Nach Angaben der Kommission folgt die Maßnahme den Regeln des befristeten Krisenrahmens, wonach Unternehmen in der Energiekrise Hilfen erhalten können, wenn privates Geld nicht ausreicht. Sefc habe nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine hohe Verluste erlitten. Das Unternehmen sei mit einem Anteil von 14 Prozent am deutschen Gasversorgungsmarkt und 28 Prozent der Gasspeicherkapazität für Deutschland ein systemrelevantes Energieunternehmen. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hatte im April die Netzagentur als Treuhänderin eingesetzt. Er begründete dies mit unklaren Rechtsverhältnissen und einem Verstoß gegen Meldevorschriften.

Die jetzige Verstaatlichung erklärt das Wirtschaftsministerium mit einer drohenden Insolvenz der früheren Gazprom-Tochter. Dies würde die Versorgungssicherheit in Deutschland gefährden, heißt es nach Angaben der Tagesschau aus dem Ministerium. Nach Uniper ist Sefc das zweite Unternehmen aus dem Energiesektor, das im Zuge der Energiekrise verstaatlicht wird. Das Bundeswirtschaftsministerium teilte mit, der Bund werde Russland endgültig aus dem Unternehmen drängen und selbst 100 Prozent der Anteile übernehmen. Seit Frühjahr sei die Firma „durch das Agieren Russlands, insbesondere durch russische Sanktionen (...) in eine schwere finanzielle Schieflage geraten“. „Grund ist die handelsbilanzielle Überschuldung der SEFE und die dadurch drohende Insolvenz, die die Versorgungssicherheit in Deutschland gefährden würde“, begründete das Ministerium den Schritt, der so zuletzt bereits erwartet wurde. "Um diese Gefahr abzuwenden und die operative Geschäftstätigkeit der SEFE aufrechtzuerhalten, wird nun der Eigentümerwechsel vollzogen und das Unternehmen stabilisiert." Eine entsprechende Anordnung sei zu Wochenbeginn im Bundesanzeiger veröffentlicht worden.

Im Zuge der Verstaatlichung sollen demnach milliardenschwere staatliche Darlehen in Eigenkapital umgewandelt werden. Hinzu kommen knapp 226 Millionen Euro an frischem Geld. Das Unternehmen hatte bereits Darlehen der staatlichen Förderbank KfW in Höhe von 11,8 Milliarden Euro erhalten. Diese würden nun weiter erhöht auf 13,8 Milliarden Euro, erklärte das Ministerium. Bis Jahresende würden "wesentliche Teile" dieser Summe in Eigenkapital der SEFE umgewandelt. Die künftige alleinige Gesellschafterin der Firma, die neu gegründete und im Besitz des Bundes befindliche Securing Energy for Europe Holding GmbH (SEEHG) werde außerdem 225,595 Millionen Euro als frisches Stammkapital in die Firma einbringen. Mit dem angeordneten Kapitalschnitt verliere der bisherige Gesellschafter des Unternehmens seine Gesellschafterstellung. Der Kapitalschnitt sei mit einer Entschädigung verbunden, die sich am Marktwert der Anteile bemesse. "Das Entschädigungsverfahren ist noch nicht abgeschlossen", teilte das Ministerium mit.

[Energiekrise: EU-Kommission genehmigt Verstaatlichung von Gazprom-Tochter | ZEIT ONLINE](#)

[Wegen drohender Insolvenz: Bund verstaatlicht Ex-Gazprom-Tochter | tagesschau.de](#)

Uniper benötigt weitere Finanzierung

Der aufgrund fehlender russischer Gaslieferungen kriselnde Gasimporteur Uniper braucht weitere Milliarden, berichtet Spiegel-Online. Die geplante Barkapitalerhöhung von acht Milliarden Euro werde nicht ausreichen, um Uniper zu stabilisieren, wie der Konzern mitteilte. Deshalb soll genehmigtes Kapital in Höhe von bis zu 25 Milliarden Euro durch Ausgabe neuer Aktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen geschaffen werden. Es soll zur Verfügung stehen, um das durch weitere Verluste in diesem und den nächsten Jahren geschwächte Eigenkapital teilweise wiederherzustellen. Zur Zeichnung ist ausschließlich der Bund berechtigt, das gesetzliche Bezugsrecht der anderen Aktionäre wird ausgeschlossen. Die im SDax-notierte Aktie fiel an die zehn Prozent.

[Uniper erhält bis zu 25 Milliarden Extra-Staatshilfe - DER SPIEGEL](#)

Kleine Anfrage: Bundesregierung nennt Bedingungen für Aufhebung der Russland-Sanktionen

Die Bundesregierung geht davon aus, dass die „präzedenzlosen Sanktionen“ ihre Wirkung entfalten, deren Ziel es sei, Russland hohe wirtschaftliche Kosten für seinen den Angriffskrieg gegen die Ukraine aufzuerlegen und die technologischen und finanziellen Ressourcen des Landes für die Fortsetzung dieses Krieges zu beschneiden.

Grundvoraussetzungen für eine Aufhebung der Sanktionen gegen Russland ist aus Sicht der Bundesregierung, „dass Russland seinen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine vollständig beendet und die territoriale Integrität der Ukraine wiederhergestellt wird“. Über weitere Voraussetzungen werde im Kreis der EU-Mitgliedstaaten zu beraten sein.“

So heißt es in einer Antwort der Bundesregierung (20/4260) auf eine Kleine Anfrage (29/3883) der Fraktion Die Linke „zur Erfolgskontrolle der Sanktionen gegen Russland“ hervor, die jetzt auf der Internetseite des Deutschen Bundestags zusammengefasst wurde. Weiter heißt es dort:

„Die russische Wirtschaft sei in eine Phase der Rezession eingetreten und müsse auch einen langfristigen Rückgang des Produktionspotenzials hinnehmen. Die Importe sanktionierter Güter seien seit Inkrafttreten der Sanktionen stark eingebrochen. Dies führe zu erheblichen Rückgängen der Produktion im russischen verarbeitenden Gewerbe, insbesondere, aber nicht ausschließlich, in von den Sanktionen betroffenen Bereichen. „Die Fähigkeit Russlands, für die Fortsetzung seines völkerrechtswidrigen Angriffskriegs gegen die Ukraine benötigte Güter zu produzieren, ist erheblich geschwächt“, schreibt die Bundesregierung.

Im Bereich der Staatsfinanzen habe Russland zwar in den ersten Monaten nach Kriegsbeginn von steigenden Preisen für ihre Hauptexportgüter Öl und Gas profitiert. Auch hier habe sich das Bild mittlerweile aber deutlich eingetrübt. „Seit Sommer 2022 und somit bereits vor dem Inkrafttreten des EU-Importverbots für russisches Rohöl und russische Ölprodukte sinken die russischen Einnahmen aus Ölexporten und der Staatshaushalt befindet sich im Defizit. Das russische Finanzministerium rechnet aufgrund

sinkender Einnahmen aus dem Rohstoffexport sowie steigender Ausgaben unter anderem für den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auch für die kommenden Haushaltsjahre mit einem Haushaltsdefizit“, heißt es in der Antwort. Gleichzeitig sei die Fähigkeit des russischen Staates, sich an internationalen Kapitalmärkten zu finanzieren, erheblich beeinträchtigt. Auch die Leistungsfähigkeit der russischen Rüstungsindustrie werde durch die Sanktionen reduziert.“

Deutscher Bundestag - Grundvoraussetzung für Aufhebung der Russland-Sanktionen

Strategische Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft

Angesichts einer wachsenden Abhängigkeit der Industrie von Rohstoff-Importen pocht der BDI auf die Nutzung von Rohstoff-Vorkommen in Deutschland und Europa. „Heimische Rohstoffe sind Teil der Lösung für mehr Nachhaltigkeit und die Reduzierung von Importabhängigkeiten“, sagte Matthias Wachter, für Rohstoffe zuständiger Abteilungsleiter beim Bundesverband der Deutschen Industrie, laut einem Bericht der FAZ. Wachter warnte: „Bei vielen mineralischen Rohstoffen ist die Abhängigkeit, insbesondere von China, bereits wesentlich größer als die bisherige Abhängigkeit Deutschlands von russischem Gas.“ Zur Diversifizierung gehöre auch der Aufbau von Kapazitäten zur Weiterverarbeitung von Rohstoffen in Europa. Dies betreffe insbesondere die erste Stufe mit Hütten und Schmelzen. Hintergrund ist, dass etwa China Lithium auch importiert, dann aber verarbeitet wieder auf dem Weltmarkt verkauft.

Die Autoren einer Studie im Auftrag der Bundesregierung hatten zuvor vor einer wachsenden Rohstoff-Abhängigkeit deutscher Unternehmen gewarnt. Habe man im Jahr 2011 noch 14 kritische Rohstoffe identifiziert, so seien es 2020 schon 30 gewesen, stellt eine vom Wirtschaftsministerium in Auftrag gegebene und nun veröffentlichte Analyse der Unternehmensberatung EY fest. „Eine Entspannung dieser Entwicklung ist aufgrund der steigenden Nachfrage nach hochtechnologischen und energieeffizienten Innovationen nicht zu erwarten“, heißt es dort weiter.

3. Europäische Union

Von der Leyen: EU bereitet 9. Russland-Sanktionspaket vor

Die Europäische Union treibt ein neuntes Sanktionspaket gegen Russland als Reaktion auf Moskaus Angriff auf die Ukraine voran, sagte die Chefin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, am 24. November bei einem Besuch in Finnland.

„Wir arbeiten hart daran, Russland dort zu treffen, wo es weh tut, um seine Fähigkeit, einen Krieg gegen die Ukraine zu führen, noch weiter abzustumpfen, und ich kann heute ankündigen, dass wir mit Hochdruck an einem 9. Sanktionspaket arbeiten“, sagte von der Leyen auf einer Pressekonferenz. „Und ich bin zuversichtlich, dass wir sehr bald mit der G7 und anderen wichtigen Partnern eine globale Preisobergrenze für russisches Öl beschließen werden. Wir werden nicht ruhen, bis die Ukraine über Putin und seinen ungesetzlichen und barbarischen Krieg gesiegt hat“, sagte sie.

Von der Leyen bezeichnete „Putins barbarischen Terrorangriff auf die zivile Infrastruktur des Landes“ als Kriegsverbrechen und sagte, dass die Ukrainer wegen ihm im kommenden Winter ohne Strom und vielerorts ohne fließendes Wasser auskommen müssen. "Babys, ihre Eltern und Großeltern frieren im Dunkeln, und ich verurteile diese barbarischen Angriffe aufs Schärfste. Aber ich weiß auch, dass unsere ukrainischen Freunde diese Tragödie überwinden werden, weil sie stark sind", fügte von der Leyen hinzu.

Die wichtigste Maßnahme im Rahmen des neunten Pakets könnte eine umfassende Erweiterung der Liste der Personen sein, die EU-Sanktionen unterliegen. Die erfuhr Politico aus EU-Kreisen. Eine Reihe von EU-Ländern fordere die Einführung neuer Beschränkungen gleichzeitig mit der Obergrenze für die russischen Ölpreise

Die Behörden Polens, Lettlands, Litauens und Estlands versuchen laut Insider-Informationen, andere EU-Länder und die Europäische Kommission gleichzeitig mit der Einführung einer Obergrenze für die russischen Ölpreise (diese Maßnahme soll am 5. Dezember in Kraft treten, die genaue Höhe des Höchstbetrags steht noch nicht fest) davon zu überzeugen, das nächste, neunte Paket antirussischer Sanktionen zu akzeptieren.

<https://ch.marketscreener.com/boerse-nachrichten/nachrichten/EU-bereitet-9-Russland-Sanktionspaket-vor-sagt-von-der-Leyen--42401255/>

[Von der Leyen: EU preparing 9th sanctions package against Russia - EU NEIGHBOURS east](#)

<https://www.rbc.ru/politics/22/11/2022/637c70d09a794761cb0c1291>

Dpa: EU-Parlament fordert stärkere Sanktionen

Das EU-Parlament hat Russland als staatlichen Unterstützter von Terrorismus verurteilt. Zudem soll die EU nach dem Willen des Europaparlaments eine Terrorliste für Staaten wie Russland schaffen, um diese strenger zu bestrafen. Eine große Mehrheit der Abgeordneten stimmte am 23. November einer entsprechenden Resolution zu, die Russland auch als einen «terroristische Mittel einsetzenden Staat» bezeichnet.

Bisher kennt das europäische Recht keine Kategorie oder Liste für Staaten, die Terrorismus unterstützen. Es gibt zwar eine EU-Terrorliste, auf die Gruppen, Einrichtungen und Einzelpersonen gesetzt werden können, Staaten aber nicht. Die USA hingegen haben eine solche Liste auch für Länder. Derzeit stehen Kuba, Iran, Syrien und Nordkorea darauf.

Für Staaten, die auf dieser Liste stehen, bestehen etwa Verbote für Rüstungsgeschäfte und finanzielle Strafmaßnahmen. In der Resolution heißt es, dass eine Listung eines Landes als ein «dem Terrorismus Vorschub leistender Staat» restriktive Maßnahmen auslösen und Auswirkungen auf die Beziehungen der EU zu Ländern auf dieser Liste haben könnte. Welche konkreten Auswirkungen eine entsprechende Listung für Russland hätte, ist unklar und müsste von den EU-Staaten entschieden werden.

Das Parlament forderte auch, die diplomatischen Beziehungen zu Russland weiter einzuschränken und die Kontakte zu offiziellen Vertretern Russlands auf allen Ebenen auf das absolute Minimum zu beschränken, was bereits weitgehend der Fall ist. Zudem werden in der Resolution weitere Strafmaßnahmen wie ein Embargo gegen russische Diamanten gefordert. Gedrängt wird auch darauf, staatsnahe russische Einrichtungen sowie Organisationen und Verbände unter dem Schutz russischer diplomatischer Vertretungen zu schließen und zu verbieten. Rechtlich bindend ist die Resolution des Europaparlaments nicht. Über Sanktionen müssen EU-Staaten einstimmig entscheiden.

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hat die Verurteilung Russlands als staatlicher Terror-Unterstützer begrüßt. „Russland muss auf allen Ebenen isoliert und zur Verantwortung gezogen werden“, schrieb der 44-Jährige in sozialen Netzwerken. Damit solle dem «langjährigen politischen Terrorismus» Russlands in der Ukraine und der Welt ein Ende gesetzt werden.

Weiter Diskussionen um Obergrenze für russische Ölpreise

Die Botschafter der Europäischen Union (EU) haben sich nicht auf einen gemeinsamen Standpunkt zur Einführung einer Obergrenze für die Ölpreise in Russland geeinigt. Dies gab der EU-Kommissar für Energie, Kadri Simson, am 24. November bekannt, berichtet die russische Zeitung Izwestija.

Zuvor berichtete Bloomberg, dass die Europäische Union (EU) und die G7 über die Einführung einer Preisobergrenze für russisches Öl bei 65-70 Dollar pro Barrel diskutieren. Nach diesen Informationen seien die Verhandlungen der EU-Länder zu

diesem Thema in eine Sackgasse geraten. Insbesondere Polen und die baltischen Länder lehnten die vorgeschlagene Obergrenze von 65 Dollar pro Barrel ab, weil sie sie für zu großzügig gegenüber Moskau hielten. Schweden und Malta hielten eine Marke von unter 70 Dollar hingegen für akzeptabel.

Im September hatten sich die Leiter der G7-Finanzminister auf die Einführung einer Preisobergrenze für russisches Öl. Es wurde auch die Absicht bekundet, die gleichen Beschränkungen für russische Gaslieferungen einzuführen. Nach Ansicht der USA würde dies die Einnahmen Moskaus schmälern und die Energiepreise weltweit senken.

Der russische Präsident Wladimir Putin reagierte darauf mit der Drohung, die Rohstofflieferungen aus Russland an Länder, die solche Maßnahmen einführen, vollständig einzustellen, berichtet die Izwestija. Gleichzeitig fügte der Staatschef hinzu, dass die Lieferungen aus Russland in vollem Umfang mit den Verträgen übereinstimmen werden, ohne dass dem Land dadurch Nachteile entstehen.

[Послы ЕС не согласовали позицию по потолку цен на российскую нефть | Новости экономики | Известия | 24.11.2022 \(iz.ru\)](#)

LEAK: EU beginnt mit Überprüfung der Grundsätze für die Beziehungen zu Russland Von Alexandra Brzozowski

Die EU-Mitgliedsstaaten haben am 14. November die Diskussion über die Zukunft der Beziehungen zwischen der EU und Russland eröffnet. Der Chefdiplomat der EU, Josep Borrell, präsentierte einen neuen Entwurf von Prinzipien für die Zusammenarbeit mit Moskau, der EURACTIV vorliegt.

Bis vor kurzem wurde die Zusammenarbeit der EU mit Russland durch fünf „Leitprinzipien“ geregelt, die von Borrells Vorgängerin Federica Mogherini aufgestellt wurden. Seit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine gelten die meisten Bestimmungen jedoch als hinfällig.

Im Zusammenhang mit Russlands Krieg in der Ukraine hat die EU bisher eine Drei-Wege-Strategie gegenüber Moskau verfolgt, die darin besteht, Russland zu isolieren, die Ukraine zu unterstützen und die Auswirkungen des Krieges zu verringern.

Am 14. November legte Borrell den EU-Außenministern den Entwurf eines neuen Grundsatzkatalogs vor, der als Grundlage für eine Diskussion über die langfristigen Beziehungen der EU zu Moskau dienen soll. Der vom diplomatischen Dienst der EU (EAD) ausgearbeitete Entwurf liegt nicht in Form eines konkreten schriftlichen Vorschlags vor, sondern als so genannte „Linien, die zu beachten sind“. Dazu gehören in erster Linie „die internationale Isolierung Russlands, die Verhängung und Umsetzung restriktiver Maßnahmen gegen Russland und die Verhinderung ihrer Umgehung, um es an der Kriegsführung zu hindern“.

Nach acht Sanktionspaketen gegen Moskau kämpft der Block derzeit damit, bestehende Schlupflöcher zu identifizieren und zu schließen. Es ist unwahrscheinlich, dass das neunte

Sanktionspaket in absehbarer Zeit fertiggestellt wird. Dies sollte auch Hand in Hand gehen mit der Sicherstellung der Rechenschaftspflicht, indem Russland, Täter und Komplizen für die in der Ukraine begangenen Völkerrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen zur Verantwortung gezogen werden.

Zweitens wird in den neuen „Leitlinien“ auf die „Unterstützung der Nachbarländer der EU, insbesondere durch die Erweiterungspolitik“ hingewiesen. Der Einmarsch Russlands in der Ukraine und die veränderte geopolitische Lage haben bereits zu einer Wiederbelebung des Erweiterungsprozesses der EU geführt, nachdem dieser fast ein Jahrzehnt lang stagniert hatte. Sie haben auch zu der Einsicht geführt, dass das strategische Interesse der EU an einem stabilen und sicheren Umfeld in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft über die Frage hinausgehen muss, wer das nächste Mitglied sein wird. Laut dem Entwurf der Grundsätze würde dies auch bedeuten, „sich den globalen Folgen des Krieges zu stellen“.

„Russland, das in seinem Krieg gegen die Ukraine Lebensmittel als Waffe eingesetzt hat, ist allein für die von ihm verursachte weltweite Krise der Ernährungssicherheit verantwortlich“, heißt es in dem Textentwurf.

Borrells Entwurf rief die Mitgliedstaaten außerdem dazu auf, „eng mit Partnern in der ganzen Welt und den NATO-Verbündeten zusammenzuarbeiten, um die auf Regeln basierende internationale Ordnung zu verteidigen und zu stärken“. Dem Entwurf zufolge „haben Vorstellungen von 'Einflusssphären' im 21. Jahrhundert keinen Platz und können nicht Teil einer zukünftigen europäischen Sicherheitsordnung sein“.

Neben der direkten Unterstützung für die Ukraine und der Isolierung Russlands wird in den neuen Grundsätzen dazu aufgerufen, „die Widerstandsfähigkeit der EU zu stärken, auch in den Bereichen Energiesicherheit und kritische Infrastrukturen, indem Cyber- und hybride Bedrohungen, Manipulation von Informationen und Einmischung von Seiten Russlands bekämpft werden“. „Der Krieg Russlands gegen die Ukraine macht es noch dringlicher, die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU entsprechend anzupassen“, heißt es weiter.

Mit Blick auf die innenpolitische Situation Russlands wird in den Grundsätzen die Notwendigkeit genannt, „die Zivilgesellschaft, Menschenrechtsverteidiger und unabhängige Medien innerhalb und außerhalb Russlands zu unterstützen und gleichzeitig den zunehmenden Bedrohungen für die Sicherheit und die öffentliche Ordnung in der EU zu begegnen“.

Nach Angaben von EU-Diplomaten wurde der Entwurf von Ländern wie Deutschland positiv aufgenommen, doch skeptische Mitgliedsstaaten blieben skeptisch und hofften auf stärkere und konkretere Formulierungen in dem Text. Dazu gehören insbesondere mögliche Bedingungen, unter denen die Beziehungen in Zukunft wieder aufgenommen werden könnten.

Die Mehrheit der Mitgliedstaaten sei der Ansicht, dass der Vorstoß für eine Neuformulierung der Beziehungen zwischen der EU und Russland noch nicht zum richtigen Zeitpunkt kommt, da Russland immer noch Krieg in der Ukraine führt und es unklar ist, mit welcher Art von Russland die Gemeinschaft langfristig konfrontiert sein

wird. Die Präsentation und die Diskussion der EU-Außenminister werden als erster Schritt auf dem Weg zu einer Neuformulierung der Beziehungen gesehen.

[LEAK: EU starts reviewing principles for relations with Russia – EURACTIV.com](#)

Zeit-Online: Milliarden Schaden für Russland durch EU-Ölembargo

Nach Ansicht des Zeit-Korrespondenten Maxim Kireev wird der zum 5. Dezember eingeführte Boykott russischer Rohöllieferungen durch die EU sowie der von den G7-Staaten und Australien verfügte Ölpreisdeckel Russlands Wirtschaft hart treffen.

„Am 5. Dezember wird es so weit sein. Dann treten die bislang wohl schmerzhaftesten Sanktionen gegen Russlands Energiesektor in Kraft: Die EU verbietet den Import von russischem Rohöl über den Seeweg. Ab Februar soll dann auch die Einfuhr von Ölprodukten wie Diesel oder Benzin aus Russland in die EU untersagt sein. Zudem dürfen europäische Unternehmen russische Ölladungen, wenn diese für Drittstaaten bestimmt sind, nur dann versichern und transportieren, wenn das Öl unterhalb eines von der EU festgelegten Höchstpreises verkauft wurde. Wie hoch dieser Preis sein wird, dürfte in den kommenden Tagen bekannt werden. Die Regelung, an der die G7-Staaten auch beteiligt sind, soll Russland ins Mark treffen, schließlich transportieren die Tanker europäischer Reeder etwa die Hälfte der russischen Ölexporte.“

...

Nach Berechnungen des finnischen Forschungszentrums für Energie und saubere Luft (CREA) überwies die EU allein im Oktober fast fünf Milliarden Euro für russisches Öl und Ölprodukte nach Moskau. Im Frühjahr waren die Summen noch deutlich höher, als ein Barrel sogar mehr als 100 US-Dollar pro Barrel kostete (inzwischen kostet es etwa mehr als 80 Dollar). Insgesamt hat die EU nach CREA-Berechnungen seit Beginn der Großinvasion für russisches Öl und Ölprodukte fast 60 Milliarden Euro an russische Exporteure bezahlt.

...

Nach Berechnungen des Brüsseler Thinktanks Bruegel sind die Ausfuhren von täglich rund 2,2 Millionen Barrel im März inzwischen auf einen Tagesschnitt von 1,2 Millionen Barrel im Oktober zurückgegangen. Im November ging dieser Trend weiter. Die Agentur Bloomberg geht anhand von Schiffsdaten sogar davon aus, dass die Lieferungen nach Europa Anfang des Monats nur noch 700.000 Barrel betragen haben.

Gleichzeitig konnte Russland einen beträchtlichen Teil der Lieferungen an andere Länder umleiten. Fast das gesamte Öl, das Russland einst an die EU verkauft hat, fließt nun nach China und Indien. Zuletzt etwa zwei Millionen Barrel täglich, etwa doppelt so viel wie im Februar. Auch die Türkei hat zuletzt täglich etwa 300.000 Barrel Öl aus Russland erhalten, das ist ungefähr dreimal so viel wie vor dem russischen Angriff am 24. Februar.

...

"Russland hat sich an die Sanktionen angepasst, allerdings nicht vollständig", sagt Marcel Salikhow, Chef des Moskauer Instituts für Energie und Finanzen. Gelungen sei dies vor allem durch Preisnachlässe, die russische Verkäufer gewähren mussten, um überhaupt neue Kunden anzulocken. Zwischenzeitlich gewährte Russland einen Rabatt von bis zu 35 US-Dollar je Barrel. Später schrumpfte die Differenz, bleibt aber dennoch spürbar. Nach

Angaben des russischen Finanzministeriums lag der durchschnittliche Preis für die russische Urals-Sorte im Oktober bei 70 US-Dollar pro Barrel, was einem Nachlass zum Weltmarktpreis von etwa 23 US-Dollar entspricht. Zudem hat Russland einem Bloomberg-Bericht zufolge offenbar über Strohfirmen in Asien seit dem Sommer Hunderte Tanker zusammengekauft, die Russland unabhängiger von europäischen Dienstleistungen machen sollen.

Das Anpassungspotenzial ist jedoch nach Ansicht von Salikhow größtenteils erschöpft. "Schon im kommenden Jahr wird es einen ernsthaften Schock für Ölförderung in Russland geben", sagt er. In diesem Jahr bleibe das Fördervolumen stabil, doch schon im nächsten Jahr erwarte er einen Rückgang von sieben Prozent, weil Russland die Absatzmärkte fehlten.

...

Wie hoch die Verluste für den russischen Staat sein werden, hängt davon ab, wie viel von den verbliebenen EU-Lieferungen noch umgeleitet werden kann. Neben den etwa 700.000 Barrel pro Tag, die zuletzt aus russischen Häfen nach Europa verkauft worden sind, müssen die Exporteure zudem auch Abnehmer für fast 600.000 Barrel finden, die zuletzt täglich über die Druschba-Pipeline nach Deutschland und Polen geflossen sind. Beide Länder wollen ab Neujahr freiwillig auf diese Lieferungen verzichten.

Wenn die Lieferungen, wie zahlreiche Experten erwarten, nicht zusätzlich an China, Indien oder andere asiatische Länder verkauft werden können, verliert die russische Ölbranche bei einem Urals-Preis von 70 Dollar fast 2,8 Milliarden Dollar im Monat. Das macht etwa 93 Millionen Dollar am Tag.

...

Die Verluste können jedoch sogar noch höher ausfallen. Zum einen dürften Kundinnen und Kunden in Asien wieder Preisnachlässe verlangen. Zum anderen umfassen die für den 5. Dezember angesetzten EU-Sanktionen nicht nur ein Lieferverbot. Auch wird Russland bald keine europäischen Tanker mehr und auch keine europäischen Schiffsversicherungen mehr in Anspruch nehmen können. Dieses Geschäft ist in fester Hand der Briten. Etwa 90 Prozent des Versicherungsmarktes entfallen nach Angaben der Agentur SPGlobal auf Unternehmen aus Großbritannien. Zwar könnte Konkurrenz aus Asien, etwa Singapur, einspringen. Die Versicherungspolice, aber auch die Frachtkosten für Tanker dürften für russische Ölkonzerne teurer werden.

Für Putins Staatshaushalt sind das keine guten Nachrichten. Schon in diesem Jahr wird das Budget wegen der hohen Kriegsausgaben um fast 20 Milliarden Euro ins Minus rutschen, so die offizielle Kreml-Prognose. Im kommenden Jahr dürfte das Defizit bereits auf mindestens 40 Milliarden Euro anschwellen.

Der Moskauer Regierung bleibe nicht viel übrig, als die Rücklagen im sogenannten Wohlstandsfonds anzuzapfen und neue Schulden zu machen, meint Natalia Subarewitsch, Professorin für Ökonomie an der Moskauer Staatlichen Universität.

...

"Der Staat kann wegen Sanktionen nur im Inland Kredite aufnehmen und wird zum Geldstaubsauger am freien Markt, während diese Mittel dann aber nicht in produktive Bereiche fließen", meint Ökonomin Subarewitsch. Für den privaten Konsum und auch für Investitionen bleibt am Ende einfach weniger Geld.

[Sanktionen gegen Russland: So langsam wird's eng \(msn.com\)](https://www.msn.com/de-de/news/economy/sanktionen-gegen-russland-so-langsam-wird-s-eng)

Keine Einigung auf Gaspreis-Deckel

Die Verhandlungen über Gaspreisobergrenzen kommen auf EU-Ebene nur sehr schwer voran, dies berichtet die russische Ausgabe von Forbes unter Berufung auf Meldungen von Bloomberg und Reuters. Demnach habe die EU-Kommission bereits am 8. November erklärt, keine Möglichkeit für die Einführung einer Obergrenze für Gasimporte nach Europa zu sehen. „Die EU-Exekutive hat deutlich gemacht, dass eine Preisobergrenze nicht das beste Mittel zur Bewältigung der Krise ist“, schrieb Bloomberg. „Das Exekutivorgan der Europäischen Union teilte den 27 Mitgliedsstaaten auf einem Seminar mit, dass es unmöglich sei, eine Gaspreisobergrenze einzuführen, die langfristige Verträge oder die Versorgungssicherheit nicht beeinträchtigen würde“, berichtete Reuters. Anstelle einer Obergrenze schlug die Kommission demnach eine Art freiwilligen „Marktanpassungsmechanismus“ vor, der die Länder, die eine sofortige Begrenzung der Preiserhöhungen fordern, nicht zufrieden stellen würde, so eine diplomatische Quelle gegenüber der Agentur.

Auf einer Pressekonferenz im Anschluss an das Treffen sagte der tschechische Industrie- und Handelsminister Josef Sikela, die Teilnehmer seien sich einig gewesen, dass die europäischen Unternehmen unmittelbar nach Ende der laufenden Heizperiode mit dem gemeinsamen Einkauf von Gas von zuverlässigen Lieferanten aus aller Welt beginnen sollten. Die EU-Minister sprachen sich auch für die Festlegung einer dynamischen Obergrenze für die Strom- und Gaspreise aus, so Sikela. Uneinigkeit herrschte unter den Teilnehmern jedoch über den Mechanismus zur Einführung einer Preisobergrenze und deren Anpassung an der niederländischen Gasbörse TTF. „Die Hauptfrage ist, wie wir sicherstellen können, dass die Einführung von Preisobergrenzen es uns ermöglicht, das Gas, das wir brauchen, auf dem Markt zu kaufen“, sagte Sikela.

Laut Bloomberg werfen einige EU-Länder der Europäischen Kommission vor, Entscheidungen zu verzögern, und drohen damit, das gesamte von ihr vorgeschlagene Paket von Sofortmaßnahmen zu blockieren, bis sie Fortschritte bei der Begrenzung der Gaspreise sehen. Politico berichtet, dass EU-Ratspräsident Charles Michel am 7. November einen Brief an EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen geschickt hat, in dem er sie aufforderte, umgehend Gesetzesvorschläge zur Begrenzung der Preise vorzubereiten. „In den Schlussfolgerungen, auf die sich die 27 Staats- und Regierungschefs gemeinsam geeinigt haben, haben wir einen klaren Rahmen für das weitere Vorgehen abgesteckt“, heißt es in dem Brief, der Politico zur Verfügung gestellt wurde. Sollten sich die Minister auf dem Treffen am 24. November nicht einigen können, wird das Thema von den EU-Staats- und Regierungschefs auf dem nächsten Gipfel am 15. und 16. Dezember erneut aufgegriffen.

Die Energieminister des Forums erdgasexportierender Länder (GECF) äußerten in ihrem Kommuniqué im Anschluss an das Treffen am 25. Oktober in Kairo laut Forbes „ernste Besorgnis über Versuche, die Preis- und Risikomanagementfunktionen der Märkte zu verändern und politisch motivierte Preisobergrenzen festzulegen. Sie betonten, dass künstliche Eingriffe in das Funktionieren des Marktes die Spannungen auf dem Markt nur verschärfen, von Investitionen abhalten und sowohl den Erzeugern als auch den Verbrauchern schaden können. Die Minister wiesen darauf hin, dass die Preise an den

Gashubs stark schwanken, und sprachen sich für langfristige Verträge aus, die die Gaspreise stabiler und berechenbarer machen.

[«Интрига сохраняется»: что мешает Европе установить потолок цен на газ | Forbes.ru](#)

Neue FAQ zu Schiffsregister und Zertifizierung

Die EU-Kommission ihre Erläuterungen zu Frequently Asked Questions FAQ zu staatlichen Unternehmen aktualisiert und die FAQ 7 und 8 hinzugefügt.

FAQ 7 bezieht sich auf das russische Seeschiffregister. Die Kommission erklärt, dass der Rat am 7. Oktober 2022 beschlossen hat, dieses Unternehmen einem Transaktionsverbot gemäß Artikel 5aa der Verordnung 833/2014 des Rates zu unterwerfen. Diese Maßnahme verbietet die Durchführung jeglicher Transaktionen, einschließlich der Gewährung jeglicher Art von wirtschaftlich wertvollem Nutzen für das Russische Seeschiffregister. Solche Geschäfte „dürfen weder von einem EU-Schiff noch von einem nach dem Recht eines Mitgliedstaats gegründeten oder eingetragenen Unternehmen getätigt werden, unabhängig davon, wo es seinen Sitz hat. Dieses Verbot gilt auch im Hoheitsgebiet der Union und für Geschäfte, die ganz oder teilweise in der Union getätigt werden (gemäß Artikel 13 der Verordnung 833/2014 des Rates). EU-Sanktionen gelten nicht extraterritorial, daher verbietet Artikel 5aa ausländischen Marktteilnehmern, einschließlich Nicht-EU-Schiffen, nicht, mit RMRS außerhalb der EU Geschäfte zu tätigen, z. B. um eine Zertifizierung zu erhalten“.

FAQ 8 beantwortet die Frage, ob ein Nicht-EU-Schiff mit RMRS-Zertifizierung in EU-Hoheitsgewässer einfahren darf. Die EU-Kommission erklärt, dass „EU-Sanktionen die Anerkennung eines RMRS-Zertifikats, das für die Einfahrt in EU-Hoheitsgewässer erforderlich ist, nicht verbieten“. Ab dem 8. April 2023 wird jedoch „allen Schiffen mit einem RMRS-Zertifikat der Zugang zu EU-Häfen untersagt. Der Zugang zu Häfen bleibt diesen Schiffen vorbehaltlich einer Genehmigung durch die zuständigen nationalen Behörden für den Kauf, die Einfuhr oder den Transport von pharmazeutischen, medizinischen, landwirtschaftlichen und Lebensmittelprodukten, einschließlich Weizen und Düngemitteln, gestattet“.

[State-owned enterprises - Frequently asked questions concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine and Belarus' involvement in it. \(europa.eu\)](#)

Eine weitere EU-Milliarde für „Solidaritätskorridore“

Die im Mai 2022 eingerichteten sogenannten „Solidaritätskorridore“ in die Ukraine für den Transport vor allem von Getreide stoßen an ihre Kapazitätsgrenzen. Deshalb will die Europäische Union zusammen mit Partnern eine weitere Milliarde Euro in verschiedene Maßnahmen investieren, um die Transportwege offen zu halten.

Laut der Webseite der EU-Kommission schrieb Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen auf Twitter: „Wo Russland Zerstörung gesät hat, hat Europa wieder Hoffnung geweckt. Die Solidaritätskorridore haben der Welt Nahrungsmittel und der Ukraine Einnahmen gebracht. Heute investieren wir eine Milliarde Euro, um diese Korridore anzukurbeln. Die EU-Kommission bündelt ihre Kräfte mit der Tschechischen Republik, mit Polen, Rumänien, der Slowakei und Moldau, der Europäischen Investitionsbank, der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und der Weltbank.“

Hier die vollständige Meldung zur Zusammensetzung und Verwendung der Mittel:

[Gemeinsame Erklärung zu Ukraine: 1 Milliarde Euro für Solidaritätskorridore mobilisiert \(europa.eu\)](#)

Polen befürchtet Strafzahlungen und fordert deshalb EU-Sanktionen gegen die „Druschba“-Ölpipeline

Polen besteht nach Informationen des russischen „Kommersant“ auf der Einführung gesamteuropäischer Sanktionen gegen Öllieferungen durch die Druschba-Pipeline. Dies sagte demnach der polnische Außenminister Zbigniew Rau nach Verhandlungen der Außenminister der Europäischen Union. Warschau befürchtet, dass Russland im Falle einer einseitigen Blockade von Öllieferungen durch Polen die Zahlung von Strafgeldern verlangen könnte. Rau erinnerte daran, dass Polen sich verpflichtet hat, russisches Öl nur noch bis zum Ende des Jahres zu nutzen. Seiner Meinung nach sind deshalb offizielle Sanktionen seitens der EU erforderlich. „Andernfalls, wenn Polen selbst aufgrund einer eigenen Entscheidung die Nutzung von Öl aus der Pipeline verweigert, müssen wir einfach eine Entschädigung an Russland zahlen, was nicht in Frage kommt“, so der Minister gegenüber Reportern.

Das Embargo gegen russisches Öl wird in der Europäischen Union ab dem 5. Dezember verhängt. Formal gelten die Sanktionen nicht für Lieferungen über Druschba-Pipeline. Polen und Deutschland sind jedoch verstärkte Verpflichtungen eingegangen und beabsichtigen nicht, Energie über diese Pipeline zu beziehen. Auch Deutschland könnte demnach mit russischen Strafzahlungsforderungen konfrontiert werden.

[Польша добивается санкций ЕС на нефтепровод «Дружба», чтобы не платить неустойку РФ - Новости – Бизнес – Коммерсантъ \(kommersant.ru\)](#)

Urteil wegen Abschuss von MH-17

Acht Jahre nach dem Abschuss einer Passagiermaschine über der Ost-Ukraine hat ein niederländisches Gericht zwei russische Staatsbürger und einen ukrainischen Staatsbürger zu langen Haftstrafen verurteilt. Der Abschuss des Jets MH17, bei dem fast 300 Menschen ums Leben kamen, hatte 2014 mit zu einer Ausweitung der EU-Sanktionen gegen Russland geführt.

UN verlangen Ende der Hindernisse für Düngemittelexporte aus Russland

Die Vereinten Nationen haben Länder weltweit aufgerufen, Hindernisse für den Export von Düngemitteln aus Russland aus dem Weg zu räumen, dies berichtet die Nachrichtenagentur dpa. „Die Welt kann es sich nicht leisten, dass die weltweiten Probleme bei der Verfügbarkeit von Düngemitteln zu einer weltweiten Nahrungsmittelknappheit führen“, teilten die Vereinten Nationen am 11. November nach Gesprächen mit dem russische Vizeaußenminister Sergej Werschinin und seiner Delegation in Genf mit.

Das Juli-Abkommen, das unter der Vermittlung der UN und der Türkei zustande kam, bestand aus zwei Vereinbarungen: neben den ukrainischen Exporten ging es auch darum, dass russische Lebens- und Düngemittel trotz westlicher Sanktionen exportiert werden können. Das stellte sich aber als schwierig heraus: zwar zielen die Sanktionen nicht direkt auf diese Exporte, ihre Existenz macht es russischen Akteuren aber schwer, europäische Häfen anzulaufen, Zahlungen abzuwickeln und Versicherungen für ihre Schiffe zu bekommen.

Ukraine will Mauer an Grenze zu Belarus bauen

Die Ukraine baut nach eigenen Angaben eine Betonwand und Sperranlagen entlang der mehr als 1000 Kilometer langen Grenze zum russischen Verbündeten Belarus. In der Region Wolyn sei ein drei Kilometer langer, mit Stacheldraht bewehrter Wall errichtet worden, gab Präsidialberater Kyrylo Tymoschenko bekannt. Auch in den Regionen Riwne und Tschytomyr werde gearbeitet. Weitere Angaben machte er nicht.

EU-Informationen zu Russland-Sanktionen

Alle EU-Sanktionsentwicklungen in der Übersicht:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine | European Commission \(europa.eu\)](#)

Sanktionskarte der EU (letztes Update 13.11.):

[EU Sanctions Map](#)

4. Russland

Russland weitet Personensanktionen gegen USA und Kanada aus

Das russische Außenministerium hat 200 US-amerikanische und 100 kanadische Staatsbürger auf seine Sanktionsliste gesetzt. Darunter befinden sich Journalisten, Wissenschaftler, Senatoren, Lobbyisten, Minister sowie deren Kinder und Ehepartner, darunter Charlene Austin, die Ehefrau des US-Verteidigungsministers, und Paul Pelosi, der Ehemann der Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, Mitglieder des Privatsektors und der Zivilgesellschaft sowie die kanadischen Schauspieler Jim Carret und Katheryn Winnick. Eine vollständige Liste der US-amerikanischen und kanadischen Bürger, gegen die ein russisches Reiseverbot verhängt wurde, sowie die dazugehörigen Presseerklärungen finden Sie hier:

USA:

[Соединенные Штаты Америки \(США\) - Министерство иностранных дел Российской Федерации \(mid.ru\)](#)

[Заявление МИД России в связи с введением персональных санкций в отношении граждан США - Министерство иностранных дел Российской Федерации \(mid.ru\)](#)

Kanada:

[Граждане Канады, находящиеся под персональными санкциями, включая запрет на въезд в Российскую Федерацию - Министерство иностранных дел Российской Федерации \(mid.ru\)](#)

[Заявление МИД России о введении персональных санкций в отношении ряда граждан Канады - Министерство иностранных дел Российской Федерации \(mid.ru\)](#)

Medwedew will ausländisches Vermögen enteignen

Der ehemalige russische Präsident und derzeitige stellvertretende Vorsitzende des Sicherheitsrates, Dmitri Medwedew, hat die Möglichkeit angedeutet, dass Moskau als Reaktion auf die Beschlagnahmung russischer Vermögenswerte im Ausland die Vermögenswerte antirussischer Länder enteignen könnte.

Der russische Vertreter erklärte, dass Moskau „keine andere Wahl“ habe, als ausländische Vermögenswerte zu beschlagnahmen, wenn es feststelle, dass andere internationale Mächte auf diese Weise gegen russisches Eigentum vorgegangen seien.

„Es wird notwendig sein, das Geld und das Eigentum privater Investoren aus solchen Ländern unwiderruflich abzuziehen, auch wenn sie nicht für den Unsinn ihrer Regierungen verantwortlich sind“, sagte Medwedew am Dienstag auf seinem Telegram-Kanal.

Der ehemalige russische Präsident bezifferte das ausländische Vermögen auf dem Staatsgebiet zwischen 2008 und 2012 auf „etwas mehr als 300 Milliarden Dollar“, ein Betrag, der seiner Meinung nach „ausreichen würde, um das zu kompensieren, was sie Russland gestohlen haben.“ „Ein glücklicher Zufall“, ironisierte er.

[Medvedev targets expropriation of foreign assets as response to confiscation of Russian assets \(msn.com\)](#)

[Медведев пригрозил изъятием частных иностранных инвестиций в случае назначения репараций по Украине - Новости – Политика – Коммерсантъ \(kommersant.ru\)](#)

Register für von Russland verursachte Kriegsschäden

Die UN-Vollversammlung nahm mit 94 Ja-Stimmen gegen 13 Neinstimmen eine Resolution an, in der die Ukraine aufgefordert wird, zusammen mit anderen Staaten durch Russland verursachte Kriegsschäden zu dokumentieren und entsprechende Beweise zu sichern. Darüber berichtet Tagesschau.de.

Ein solches sogenanntes Schadensregister soll die Grundlage für spätere Reparationszahlungen Russlands an die Ukraine sein. Ein Vorgehen, das der russische UN-Botschafter Wassili Nebensja als illegal zurückwies. Dieser Einschätzung Russlands schlossen sich bei der Abstimmung allerdings nur weitere 13 Staaten an - darunter China, der Iran und Kuba. 73 Länder enthielten sich. Die Resolution bekam dadurch die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Zu den Unterstützern der Resolution gehörte auch die Bundesregierung, die das Votum als „wichtigen Schritt in Richtung Gerechtigkeit und zur Wahrung eines Grundprinzips des Völkerrechts“ begrüßte.

[UN-Vollversammlung: Russland soll Ukraine Reparationen zahlen | tagesschau.de](#)

Iswestija: Aufgabe Russlands kostete Autobauer bislang 4,5 Milliarden Euro

Vorläufigen Berechnungen zufolge haben die Automobilunternehmen durch ihre Entscheidung, den russischen Markt zu verlassen, bereits rund 4,5 Mrd. EUR verloren. Die Hauptverluste stünden demnach im Zusammenhang mit nicht realisierten Investitionen in Russland und der praktisch kostenlosen Übertragung russischer Vermögenswerte an Partner, sagen Experten. Der Verlust des russischen Marktes ist für die meisten Automobilhersteller zwar unangenehm, aber nicht fatal, betonen die Experten. Einzelheiten finden Sie in dem russischen Artikel der Iswestija, die detailliert auf den Rückzug von Mazda, Mercedes-Benz, Nissan, Hyundai, Ford, Renault und weiterer Automarken eingeht.

[Потеряли миллиарды: автоконцерны терпят убытки от ухода из РФ | Статьи | Известия \(iz.ru\)](#)

Sanktionen zwingen Superjet-Produktion in die Knie

Russland produziert immer weniger Mittelstreckenflugzeuge des Typs Superjet 100. Im Frühjahr hatte Industrieminister Denis Manturow noch die Auslieferung von mindestens 19 Superjet für 2022 angekündigt. Tatsächlich ist bislang aber nur ein neuer Superjet ausgeliefert worden, wie das Industrieministerium nach Informationen der Zeitung Iswestija berichtet. Bis zum Jahresende wolle man aber noch auf bis zu zehn Maschinen kommen, wobei es sich bei drei von ihnen lediglich um instandgesetzte Flugzeuge handele. Eine Quelle aus dem Umfeld des Superjet Produzenten, der staatlichen Holding Irkut, macht die westlichen Sanktionen für die schleppend Produktion verantwortlich. Da keinerlei Komponenten für das Flugzeug nach Russland geliefert würden, gäbe es einfach nichts zu produzieren, zitiert das Blatt den Insider.

[Поставили за бортом: авиакомпании в 2022-м недополучат обещанные Superjet | Статьи | Известия \(iz.ru\)](#)

Rund 60 Prozent weniger ausländische Marken in Russland

In russischen Einkaufszentren werden aktuell noch Läden von 152 ausländischen Einzelhandelsmarken gezählt, das berichtet Wedomosti. Damit hat sich deren Zahl aufgrund des russischen Krieges gegen die Ukraine und der nachfolgenden Sanktionen seit Jahresbeginn um rund 60 Prozent verringert. Nach Angaben der Immobilienberater NF Group gehören 60 Prozent der verbliebenen Marken zur Modebranche, 10 Prozent zur Gastronomie und 5 Prozent zum Elektronikhandel. Anfang des Jahres gab es insgesamt noch 360 ausländische Einzelhändler in Russland. Von denen, die geblieben sind, stammten über 20 Prozent aus den USA (z.B. Timberland und Michael Kors), 15 Prozent aus Italien (z. B. Trussardi, Benetton), und je zehn Prozent aus Frankreich (z. B. Abricot), Türkei und Deutschland (z. B. Marc O'Polo).

[Порядка 150 иностранных ритейлеров продолжают работать в России - Ведомости \(vedomosti.ru\)](#)

Verschärftes Agentengesetz

Russland Präsident Wladimir Putin hat laut der Staatsnachrichtenagentur Ria Nowosti interveniert, um ein Gesetzesprojekt zu verschärfen. Wer die russische Staatsangehörigkeit erworben hat, soll diese wieder verlieren können, wenn er Russlands Streitkräfte „diskreditiert“ oder „Falschnachrichten“ über sie verbreitet. Als „Verräter“ gelten insbesondere „unerwünschte Organisationen“ und „ausländische Agenten“.

Auf entsprechenden Listen des Justizministeriums stehen nach Angaben der FAZ rund 180 natürliche Personen und Dutzende Vereinigungen. Nun wolle das Ministerium von Anfang Dezember an noch mehr Daten der so bezeichneten „Agenten“ veröffentlichen, etwa Geburtstage und Steuernummern, bei juristischen Personen auch Adressen. Das gebe die „Agenten“ dem Identitätsdiebstahl preis, analysiert die FAZ.

5. USA

USA sanktionieren internationales Netzwerk

Die USA führen neue Sanktionen ein, die den militärisch-industriellen Komplex (MIC) Russlands treffen. Dies berichtete die Nachrichtenagentur Reuters am 14. November, unter Berufung auf US-Finanzministerin Janet Yellen. „Dies ist Teil unserer umfassenden Bemühungen, Russlands militärische Anstrengungen zu untergraben und ihm durch Sanktionen und Exportkontrollen die notwendige Ausrüstung vorzuenthalten“, erklärte Yellen laut Reuters im Vorfeld des G20-Gipfels in Indonesien.

Kurz darauf benannten das Office of Foreign Assets Control des Finanzministeriums und das Außenministerium 14 Personen, 28 Einrichtungen und acht Flugzeuge benannt, die als Teil eines transnationalen Netzwerks identifiziert wurden, das Technologie für den Aufbau des russischen Militärs beschafft.

Im Gegensatz zu den jüngsten Sanktionspaketen gegen in Russland ansässige Unternehmen und Personen richten sich die jüngsten finanziellen und diplomatischen Sanktionen gegen eine Reihe von Unternehmen, darunter französische Immobiliengesellschaften, eine Gruppe von Schweizer Staatsangehörigen und ein taiwanesischer Einkäufer von Mikroelektronikkomponenten. Sie alle werden beschuldigt, Russlands militärische Versorgungskette, die die USA nach dem Beginn der Invasion in der Ukraine im Februar unterbrechen wollten, finanziell zu unterstützen oder zu ermöglichen.

„Unternehmen auf der ganzen Welt wird geraten, ihre Sorgfaltspflicht zu erfüllen, um zu vermeiden, dass sie von Sanktionen betroffen sind“, sagte Außenminister Antony Blinken in einer Erklärung. Er sagte, die USA „werden weiterhin gegen Russlands Versuche vorgehen, internationale Sanktionen zu umgehen, um seine Kriegsmaschinerie zu finanzieren“.

[Treasury Sanctions Global Russian Military Supply Chain, Kremlin-linked Networks, and Elites with Western Fortunes | U.S. Department of the Treasury](#)

[US announces sanctions targeting Russian military suppliers \(defensenews.com\)](#)

[Yellen announces new US sanctions on Russian military networks | Conflict News | Al Jazeera](#)

USA entziehen Russland den Status einer Marktwirtschaft

Am 10. November gab das US-Handelsministerium bekannt, der russischen Wirtschaft den Status einer Marktwirtschaft zu entziehen. Dieser Status wurde der russischen Wirtschaft erst im Jahr 2002 zuerkannt. Er erschwerte es beispielsweise Antidumpingzölle auf russische Waren einzuführen. Laut Reuters erklärte das US-Handelsministerium, seine Analyse habe ergeben, dass die „umfangreiche“ Beteiligung der Regierung an der

russischen Wirtschaft zu verzerrten Preisen und Kosten geführt habe, die nicht genau widerspiegeln, ob russische Unternehmen die Preise für Einfuhren in die Vereinigten Staaten fair gestalteten.

„Diese Entscheidung gibt den Vereinigten Staaten die Möglichkeit, die volle Kraft des US-Antidumpinggesetzes anzuwenden, um gegen die Marktverzerrungen vorzugehen, die durch die zunehmende Einmischung der russischen Regierung in ihre Wirtschaft verursacht werden“, so das Handelsministerium in einer Erklärung. Moskau kann die Entscheidung der USA, Russland den Marktwirtschaftsstatus zu entziehen, bei der WTO anfechten.

Nach einem Bericht der russischen Zeitung Kommersant kommentierte Dmitri Peskow, Pressesprecher des russischen Präsidenten, die Maßnahme mit folgenden Worten:

„Dies ist eine Fortsetzung der Maßnahmen, um Russland in allen möglichen Richtungen unter Druck zu setzen, Druck im Bereich der Wirtschaft... Gleichzeitig wächst die Einsicht, weniger in Amerika als vielmehr in Europa, dass diese Sanktionen die russische Wirtschaft nicht destabilisiert haben, sondern die Wirtschaft, vor allem die europäische, in ziemliche Turbulenzen versetzen. Mit anderen Worten, die Amerikaner sind widerstandsfähig, obwohl sie aufgrund des Chaos auf dem Energiemarkt auch unter der Inflation leiden“, sagte Peskow auf einer Pressekonferenz von Kommersant FM.

Auf die Frage, ob der Kreml befürchtet, dass andere russische Außenhandelspartner dem Beispiel der USA folgen werden, sagte Peskow: „In diesem Fall gibt es kein Vakuum, und wo eines entsteht, wird es von anderen Richtungen und anderen Ländern gefüllt.“

Hier das US-Dossier, mit dem der Entzug des Status begründet wird.

<https://subscriber.politicopro.com/f/?id=00000184-6325-daa0-a7e4-e3b5df340000>

[U.S. revokes Russia's market economy status | Reuters](#)

Weitere Informationen:

[USA - Russland keine Marktwirtschaft mehr in Antidumpingverfahren | Zollbericht | USA | Krieg in der Ukraine \(gtai.de\)](#)

OFAC sanktioniert Umfeld von Suleiman Kerimow

Da OFAC hat weitere Personen sanktioniert, die mit dem russischen Parlamentsabgeordneten und Oligarchen Suleiman Kerimow in Verbindung stehen, vier Immobiliengesellschaften, die Kerimows Tochter Gulnara gehören: Service Immobiliere Antibes SAS, Service Immobiliere et Gestion SAS, VH Antibes SAS und Villa Lexa Estates SAS, der Schweizer Staatsangehörige Alexander-Walter Studhalter, der Kerimows Unternehmen verwaltet hat, und acht mit ihm verbundene Unternehmen sowie Murat Magomedovich Aliew, ein ehemaliger leitender Angestellter einer Kerimow-Investmentfirma, und fünf mit Aliew verbundene Unternehmen.

Vorgehen gegen iranische Drohnenlieferungen an Russland

Das OFAC hat neue Unternehmen gelistet, die an der Herstellung oder dem laufenden Transfer iranischer unbemannter Luftfahrzeuge nach Russland beteiligt sein sollen. Außerdem wurden das russische private Militärunternehmen „Wagner“ sowie die Luft- und Raumfahrtkräfte des Korps der Islamischen Revolutionsgarden Irans (IRGC ASF) und Qods Aviation Industries sowie Personen, die mit ihnen in Verbindung stehen, sanktioniert.

Das OFAC hat gleichzeitig eine General License 21 zur Terrorismusbekämpfung herausgegeben, die „Sicherheits- und Umwelttransaktionen mit bestimmten Schiffen“ erlaubt. Dazu wurde auch eine neue FAQ veröffentlicht (1097).

[Treasury Targets Actors Involved in Production and Transfer of Iranian Unmanned Aerial Vehicles to Russia for Use in Ukraine | U.S. Department of the Treasury](#)

[1097 | U.S. Department of the Treasury](#)

Ausnahmen für Zivilluftfahrt

Das OFAC hat die neue General License Nr. 40C im Zusammenhang mit der Sicherheit der Zivilluftfahrt erteilt, mit der alle Transaktionen genehmigt werden, die üblicherweise mit der Bereitstellung, Ausfuhr oder Wiederausfuhr von Gütern, Technologien oder Dienstleistungen zur Gewährleistung der Sicherheit der Zivilluftfahrt verbunden sind und an denen eine oder mehrere der im Anhang zu dieser Allgemeingenehmigung aufgeführten gesperrten Einrichtungen beteiligt sind.

Außerdem hat das OFAC die Russland betreffende General License Nr. 54 veröffentlicht, die bestimmte Transaktionen mit VEON Ltd. genehmigt.

[russia_gl54.pdf \(treasury.gov\)](#)

6. Sanktionen weiterer Länder

Großbritannien

Großbritannien verhängt Sanktionen gegen russische Kautschuk- und Petrochemie-Magnaten

Die britische Regierung hat vier russische Oligarchen, darunter zwei Beamte, die mit dem großen tatarischen Öl- und Petrochemie-Magnaten TAIF Group verbunden sind, wegen ihrer Rolle bei der Unterstützung des Moskauer Krieges gegen die Ukraine mit Sanktionen belegt.

In einer Erklärung vom 2. November teilte die Regierung mit, dass die Sanktionen gegen die vier Personen wegen "ihrer Beteiligung an Sektoren von großer Bedeutung für Putins Militärmaschine" verhängt wurden.

Der Erklärung zufolge werden gegen Albert Schigabutdinow, der ein geschätztes Nettovermögen von 977 Millionen Pfund (1,1 Milliarden Euro) hat, Reiseverbote, das Einfrieren von Vermögenswerten und Beförderungssanktionen verhängt.

Schigabutdinow, so die Erklärung weiter, ist "Generaldirektor und Vorstandsvorsitzender der TAIF-Gruppe und kontrolliert schätzungsweise 96 % der chemischen und petrochemischen Verarbeitung in der russischen Region Tatarstan".

Laut der TAIF-Website ist Albert Shigabutdinov derzeit der wichtigste Entwicklungsberater des Generaldirektors Ruslan Shigabutdinov.

Airat Shaimiev, Miteigentümer der TAIF und CEO des Transportunternehmens Tatavtodor, mit einem Nettovermögen von 902 Millionen Pfund, wurde ebenfalls in die Sanktionen einbezogen und unterliegt Reiseverboten, dem Einfrieren von Vermögenswerten und Beförderungssanktionen.

[США продолжают давить на своих союзников ввести санкции против России | Новости мира | Известия | 23.11.2022 \(iz.ru\)](#)

Weitere Infos zum Ölpreisdeckel

Zeitgleich mit der Einführung des Verbots von Seeverkehrsdienstleistungen und der Ausnahmeregelung für die Preisobergrenze für Rohöl hat die britische Regierung gestern einen Blog mit dem Titel „Oil Price Cap Update“ veröffentlicht, in dem die nächsten Schritte erläutert werden.

[Oil Price Cap Update - OFSI \(blog.gov.uk\)](#)

Am 22. November hat das britische Ministerium für Wirtschaft, Energie und Industriestrategie einen Leitfaden zum Verbot der Einfuhr von russischem Erdöl und Erdölerzeugnissen in das Vereinigte Königreich veröffentlicht und erläutert, wie der Ursprung von Erdölimporten in das Vereinigte Königreich bestimmt werden kann.

[UK ban on Russian oil and oil products - GOV.UK \(www.gov.uk\)](https://www.gov.uk/government/news/uk-ban-on-russian-oil-and-oil-products)

Ausnahmen für russische Düngemittlexporte

Die britische Export Control Unit hat die Spielräume für die Finanzierung von Düngemittlexporte aus Russland erweitert. Ähnliches war kurz zuvor von den Vereinten Nationen gefordert worden, um die weitere Versorgung insbesondere von Ländern in Afrika zu erleichtern:

[general-trade-licence-russia-sanctions-fertilisers \(publishing.service.gov.uk\)](https://publishing.service.gov.uk/government/news/general-trade-licence-russia-sanctions-fertilisers)

[NTE 2022/28: New general trade licence Russia sanctions - fertilisers - GOV.UK \(www.gov.uk\)](https://www.gov.uk/government/news/nte-2022-28-new-general-trade-licence-russia-sanctions-fertilisers)

Übersicht zu Finanzsanktionen gegen Russland

Das Vereinigte Königreich hat seine Übersicht zu Finanzsanktionen gegen Russland aktualisiert. Hier der Link:

[Financial sanctions, Russia - GOV.UK \(www.gov.uk\)](https://www.gov.uk/government/news/financial-sanctions-russia)

Kanada

Kanada führte weitere Sanktionen gegen russische Personen ein. Die Regierung erweiterte die Verordnungen über wirtschaftliche Sondermaßnahmen (Russland), um 23 Mitglieder des russischen Justiz- und Sicherheitssektors, darunter Polizeibeamte und Ermittler, Staatsanwälte, Richter und Gefängnisbeamte, einschließlich hochrangiger russischer Regierungsbeamter. Sie sollen in Menschenrechtsverletzungen an Mitgliedern der russischen Opposition verwickelt gewesen sein.

[Prime Minister announces additional military assistance for Ukraine and additional sanctions against Russia | Prime Minister of Canada \(pm.gc.ca\)](https://pm.gc.ca/en/news/prime-minister-announces-additional-military-assistance-ukraine-additional-sanctions-against-russia)

7. Blick über den Tellerrand

EU-Parlament verbindet serbische Beitrittsambitionen um Umsetzung von Sanktionen

In einer am 23. November angenommenen Entschließung des EU-Parlaments heißt es, dass jeder Fortschritt in den serbischen EU-Beitrittsverhandlungen mit der Angleichung Belgrads an die EU bei den Sanktionen gegen Russland verknüpft werden sollte.

Demnach empfahl das Europäische Parlament den anderen EU-Gremien, „die Beitrittsverhandlungen mit Serbien nur dann voranzutreiben, wenn sich das Land den EU-Sanktionen gegen Russland anschließt und deutliche Fortschritte bei den EU-bezogenen Reformen macht“.

Die EU-Parlamentarier drängten auch darauf, alle bilateralen und EU-Gelder für Serbien zu überdenken, die den serbischen Behörden zu Gute kämen, insbesondere solche, die sich auf Projekte beziehen, die im Rahmen des Wirtschafts- und Investitionsplans für den westlichen Balkan finanziert werden, um sicherzustellen, dass alle EU-Ausgaben vollständig mit den strategischen Zielen und Interessen der EU übereinstimmen“.

Die Entschließung wurde mit 502 Ja-Stimmen, 75 Nein-Stimmen und 61 Enthaltungen angenommen.

[European Parliament Links Serbia's Progress to Sanctions on Russia | Balkan Insight](#)

8. Termine

24. November: Austausch mit dem Bundeswirtschaftsministerium zu Sanktionen

Wir freuen uns, Sie am **24. November 2022, 9.00 Uhr** wieder zu einem **Online-Austausch** mit dem **Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz** zum Thema „**Gegenwärtige Einschränkungen der Geschäftstätigkeit in der Russischen Föderation und Belarus**“ einladen zu können. Für Ihre Fragen stehen Ihnen **Dr. Dominik Schnichels**, Leiter der Abteilung V (Außenwirtschaftspolitik), und sein Team zur Verfügung.

Im Laufe der Veranstaltung werden einige der Fragen erörtert, die uns die Unternehmen im Vorfeld zugesandt haben. Die Einladung gilt primär für Ost-Ausschuss-Mitglieder. Bei Interesse an einer Teilnahme, melden Sie sich bitte bis zum **23. November, 12.00 Uhr** bei Jens Böhlmann unter j.boehlmann@oa-ev.de

24. November 2022: Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf Lieferketten und Logistik, Hamburg

Im Rahmen unseres 70. Ost-Ausschuss-Jubiläums laden wir Sie herzlich ein nach Hamburg zur Konferenz **Bewegte Zeiten: Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf Lieferketten und Logistik - Rückblick und Vorschau**, 24. November 2022 von 15:00 – 18:30 Uhr, auf dem Campus der Kühne Logistics University (KLU), Großer Grasbrook 17, 20457 Hamburg.

Die Veranstaltung richten wir gemeinsam mit der KLU aus. Im Mittelpunkt stehen die kriegsbedingten Herausforderungen für Produzenten bzw. Verlader und Logistiker sowie unterschiedliche Bewältigungsstrategien im Lieferketten-Management. Es wird darüber hinaus die Frage nach den längerfristigen Perspektiven für den Wirtschaftsraum Osteuropa in einem andauernden Ukraine-Krieg bzw. nach Beendigung des Krieges diskutiert. Die Agenda finden Sie [hier](#).

Die Teilnahme ist kostenlos. Ihre verbindliche Teilnahme ist möglich unter www.oa-event.de mit dem Code **HamburgLogistik241122**. Weitere Informationen: Dr. Martin Hoffmann, m.hoffmann@oa-ev.de

29. November: Sitzung des Arbeitskreises Russland, 11:00 – 12:30 Uhr, hybrid

Die Mitglieder des Ost-Ausschusses sind herzlich zur hybriden Sitzung des Länderarbeitskreises Russland unter Leitung von Mario Mehren, Vorstandsvorsitzender der Wintershall Dea AG und Länderkreissprecher Russland des Ost-Ausschusses, eingeladen. Beteiligt sind Vertreter des Auswärtigen Amtes und der AHK Moskau.

Die Sitzung findet im **Hybriden-Format am Dienstag, den 29. November 2022, von 11:00 bis 12:30 Uhr (MEZ) in den Räumlichkeiten des Ost-Ausschusses** statt. Bitte beachten

Sie, dass die **Zahl der Teilnehmer begrenzt** ist und eine **Teilnahme nur nach Bestätigung** durch den Ost-Ausschuss möglich ist.

Das Programm der Sitzung finden Sie [HIER](#). Für Rückfragen steht Ihnen [Dr. Christiane Schuchart](#), T: 030 206167 123, jederzeit gern zur Verfügung.

1. Dezember: Arbeitskreis Gesundheitswirtschaft von Ost-Ausschuss und GHA (10:00 – 11:00 CET)

The 13th meeting of the OA/GHA Health Working Group is planned for 1 December (10:00-11:00 CET). We will inform you shortly on the agenda and event mode (hybrid/online).

You can already register here: [13th Eastern Europe & CIS Working Group Health Meeting | 1 December 2022 - GHA - German Health Alliance](#)

12. Dezember: Jubiläumsempfang des Ost-Ausschusses, Berlin

Ende 2022 jährt sich zum 70. Mal die Gründung des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft. Höhepunkt unseres Jubiläumsjahrs wird am Nachmittag des 12. Dezember 2022 ein festlicher Empfang im Berliner Kongresszentrum Axica unter Beteiligung von Spitzenvertreterinnen und -vertretern aus Bundesregierung und deutscher Wirtschaft sein.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung steht eine Bestandsaufnahme der Arbeit des Ost-Ausschusses und der Blick auf strategische Herausforderungen für die deutsche Wirtschaft angesichts der aktuellen Entwicklungen im östlichen Europa.

Die Veranstaltung richtet sich an Mitgliedsunternehmen und Partnerorganisationen des Ost-Ausschusses. Eine Präsenzteilnahme ist nur mit persönlicher Einladung möglich. Interessierte können das Ereignis aber live im Internet verfolgen. Weitere Informationen dazu veröffentlichen wir kurz vor dem 12. Dezember.

Mehr Informationen zur Ost-Ausschuss-Geschichte finden Sie hier:

[70 Jahre Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

13. Dezember 2022: 36. Sitzung des Berliner Eurasischen Klubs, 10:30 bis 13:30 Uhr, Berlin

Um eine Ausweitung der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Kasachstan geht es bei der nächsten Sitzung des Berliner Eurasischen Klubs. Aus Kasachstan wird eine Delegation unter der Leitung des Stellvertretenden Premierministers und Außenministers

der Republik Kasachstan Mukhtar Tleuberdi anreisen. Auch das Auswärtige Amt wird beteiligt sein. Veranstaltungsort ist der Ballsaal im Waldorf Astoria in Berlin.

Für weitere Fragen und Informationen stehen Ihnen der Leiter der Wirtschaftsabteilung, Botschaftsrat Dauren Akberdiyev (Tel.: 030 47 007 133, E-Mail: d.akberdiyev@mfa.kz) und der Regionaldirektor Zentralasien im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft, Eduard Kinsbruner (Tel.: 030 206167114, E-Mail: E.Kinsbruner@oa-ev.de) gerne zur Verfügung.

15. Dezember: Umgang mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation in Russland, Business for Business, 10:00, online

Die Kontaktstelle Mittelstand und die Regionaldirektion Russland im Ost-Ausschuss möchten Sie zur 8. Ausgabe der Online-Veranstaltung via Teams zum Thema Umgang mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation in Russland, Business for Business am Dienstag, 15. Dezember 2022, 10:00 Uhr MESZ, einladen. Bitte beachten Sie, der Anmeldeschluss ist am Mittwoch, 13. Dezember 2022 um 17.00 Uhr.

Das Format richtet sich direkt an Unternehmen in Russland und in Deutschland und soll vor allem dem Erfahrungsaustausch und dem praktischen Umgang mit der Situation dienen und für mehr Klarheit und Sicherheit sorgen. Die Referenten sind selbst Unternehmer und Geschäftsführer, so dass Sie Informationen aus erster Hand erhalten.

Für Fragen zur Veranstaltung wenden Sie sich bitte an [Dr. Christiane Schuchart](#) oder [Jens Böhlmann](#).

9. Tipps & Links

In eigener Sache: Gerne machen wir Sie auf folgende Stellenausschreibung aufmerksam:
Assistenz (m/w/d) des Geschäftsführers im Ost-Ausschuss, Vollzeit (39h/Woche)

Weitere Informationen zu dieser und weiterer Ausschreibungen finden Sie hier:

[Karriere | Aktuelle Stellenangebote | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

In der Zeitschrift Wissenschaft&Frieden ist diese wissenschaftliche **Analyse zu Einsatzgebieten und der Wirkung von Sanktionen** von Julia Grauvogel und Christian von Soest erschienen:

[Wirtschaftlicher Zwang für politische Ziele – Wissenschaft & Frieden \(wissenschaft-und-frieden.de\)](#)

In der neuesten Folge der **Russland-Analysen (Nr. 425)** geht es um die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine und der nachfolgenden Sanktionen auf die russische IT-Industrie: [Russland-Analysen Nr. 425 | Länder-Analysen \(laender-analysen.de\)](#)

Eine **Analyse der bisherigen EU-Sanktionen gegen Belarus** im Kontext der EU-Russland-Sanktionen und Vorschläge für mögliche Verbesserungen im Prozess hat die Yulyia Miadzvetskaya von der Universität Tübingen vorgelegt. Der Text ist Teil der aktuellen Belarus-Analysen, die am 18. November erschienen sind:

[Die Abstimmung der EU-Sanktionsregime gegen Belarus und Russland | Länder-Analysen \(laender-analysen.de\)](#)

Das Atlantic Council gibt mit seinem aktuellen **Global Sanctions Dashboard** wieder einen Überblick über die weltweiten Sanktionsentwicklungen und blickt auf die Trends für das kommende Jahr. Russland bleibt demnach Sanktionsziel Nummer eins, gefolgt von Iran.

[Global Sanctions Dashboard: What's coming in 2023? - Atlantic Council](#)

Wichtige Kontakte zu Sanktionen:

„**Kurzinformationen für Arbeitgeber**“ sind zu diesem Thema auch auf dem Portal „[Make it in Germany](#)“ unter dem Link [Gewinnung und Beschäftigung von russischen Fachkräften \(make-it-in-germany.com\)](#) abrufbar.

Euler- Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:

[Russland - Ukraine - AGA-Portal \(agaportal.de\)](https://www.agaportal.de)

Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen

[BAFA - Russland](#)

Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:

Russland:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=9\)](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=9)

Belarus:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19

GTAI-Sanktionsübersicht

Über diese Internet-Seite von Germany Trade&Invest finden Sie die wichtigsten Sanktionsübersichten: [Russland-Ukraine-Konflikt \(gtai.de\)](https://www.gtai.de)

AEB: Sanktionsübersicht

Eine Übersicht zur Sanktionsentwicklung in Russland, FAQ und Unterstützungsmöglichkeiten finden Sie auf dieser der Internetseite der Association of European Businesses AEB in Russland:

[News \(aeb.ru\)](https://www.aeb.ru)

AHK Belarus Krisenhotline

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)

Von Montag bis Sonntag von 07.00 bis 21.00 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar.

Spendenaufruf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses für die Ukraine

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das DeutschUkrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:

Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,

BIC: BFSWDE33XXX

IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00

Bank für Sozialwirtschaft

Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufruf der Johanniter: Link](#)

+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Partnerländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen 13 Arbeitskreisen zu Ländern und Branchen und rund 150 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie [hier](#).

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Haftungsausschluss:

Die Update-Inhalte werden mit größter Sorgfalt erstellt und stammen aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen.

Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie für die im Update enthaltenen Links zu den externen Webseiten Dritter können wir jedoch keine Gewähr übernehmen. Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und die Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln



Andreas Metz
Leiter Public Affairs
T. +49 (0)30 206167-120
A.Metz@oa-ev.de
Breite Straße 29
10178 Berlin

www.ost-ausschuss.de
LinkedIn | Facebook | Twitter @OstAusschuss